



## EUROPOOL / REDAKTION

### Brexit - Wahrheiten und Mehrheiten ...

(SB) - Im Kampf um den Vorsitz der konservativen Partei Großbritanniens scheinen die beiden Kontrahenten jedes Augenmaß verloren zu haben. Bei der Umwerbung der rund 160.000 meist wohlhabenden, älteren, männlichen und englischen Tory-Wähler waren haltlose Versprechen vom notorischen Lügner und Populisten Boris Johnson ohnehin zu erwarten, von seinem Rivalen, dem stets gesetzt, eher langweilig wirkenden Jeremy Hunt dagegen nicht. Doch inzwischen äfft der amtierende britische Außenminister seinem berühmt-berüchtigten Amtsvorgänger nach, droht ebenfalls mit dem ungeordneten Austritt aus der EU zum ... (S. 6)

## Kooperationspartner

5 POLITIK - AUSLAND  
Rechte gewinnen Vorwahlen in Uruguay (pooal)

7 EUROPOOL - WIRTSCHAFT:  
Freihandelsabkommen mit der EU soll Vietnams Weltwirtschaftsposition stärken (Gerhard Feldbauer)

9 UMWELT -  
INTERNATIONALES  
Mangroven-Sterben in Panama (pooal)

## Welttag der Ozeane 2019 - nationaler Mißbrauch und Wirtschaftsinteressen ...

### Kai Kaschinski im Gespräch

Teil 2



*Riesentang (Macrocystis pyrifera), auch Kelp genannt, im Nationalpark Channel Islands vor Kalifornien. Kelpwälder binden Kohlenstoffdioxid, ihr Erhalt gilt als Maßnahme für den globalen Klimaschutz*

*Foto: Kelly Moore / National Park Service der USA*

(SB) 3. Juli 2019 - Am Vortag zum diesjährigen Welttag der Ozeane, der seit 2009 jedes Jahr am 8. Juni begangen wird, hatte ein zivilgesellschaftliches Bünd-

nis aus Fair Oceans, Brot für die Welt und Forum Umwelt und Entwicklung zu der Konferenz "Weltmeere zwischen Umwelt und Entwicklung - 25 Jahre Seerecht zwischen wachsenden Schutz- und Nutzungsansprüchen" in die Landesvertretung Bremens in Berlin geladen. Im Anschluß an die Konferenz führte der Schattenblick ein Gespräch mit Kai Kaschinski von Fair Oceans, der das Treffen mitorganisiert hat. In diesem zweiten und abschließenden Teil des Inter-

views geht es um Meeresschutzgebiete, die manchmal über die Köpfe der Küstenbevölkerung hinweg eingerichtet werden, Kleinfischerei und die Gefahr, daß lokale Gemeinschaften aus ihren traditionellen Meeresnutzungsgebieten verdrängt würden, sobald diese zu CO<sub>2</sub>-Speichern des internationalen Klimaschutzes erklärt werden.

Schattenblick (SB): Befinden sich unter den bisher weltweit ausgewiesenen Meeresschutzgebieten auch welche, bei denen der Schutzstatus die zuständigen Staaten "schmerzt"? Oder sind das eher Gebiete, bei denen der ökonomische Nutzen sowieso als gering anzusehen ist?

Kai Kaschinski (KK): Um diese Frage zu beantworten, müßte man Fallstudien untersuchen. Wir überlegen schon seit längerem, ob wir uns nicht an entsprechenden Überprüfungen beteiligen sollten, um herauszufinden, wie dort das Verhältnis von Umwelt und Entwicklung tatsächlich verwirklicht wurde. Man müßte sich nach Ländern sortiert die einzelnen Umsetzungen anschauen und sie nach Fragen beurteilen wie: Was sehen dort die entwicklungspolitischen Standards aus? Wie werden sie in das Schutzkonzept integriert? Welche praktischen Schwierigkeiten treten dabei auf? Kommt es zu einer falschen Gewichtung von Umwelt und Entwicklung innerhalb dieser Konzepte? Um uns als Fair Oceans an solchen Untersuchungen zu beteiligen, müßten wir uns allerdings ganz neu aufstellen. Weil wir dann in diese Arbeit stärker international hineingehen müßten. Bislang erhalten wir einfach von unseren Part-

nerorganisationen Rückmeldungen über solche Fragen.

Ein Beispiel dafür sind die Seychellen im Indischen Ozean. Dort hat der Hollywood-Schauspieler Leonardo DiCaprio, der sich im Umweltbereich engagiert, einen guten Draht zur Regierung aufgebaut und sich an der Einrichtung eines neuen, großflächigen Meeresschutzgebietes beteiligt. Doch nun stehen die dortigen Kleinfischer vor dem Problem, daß ihnen dadurch Fanggebiete verlorengegangen sind, und sie kommen zu dem Schluß: Jetzt sind wir raus, aber die Gebiete werden nicht kontrolliert, und was dort an illegaler Fischerei stattfindet, die wir vorher durch unsere Präsenz verhindert haben, wird von niemandem mehr gestoppt. Das Meeresschutzgebiet hat keinen positiven Effekt auf die Fischbestände, es gefährdet statt dessen unsere Lebensgrundlage.

Darüber hinaus ist das ein typisches Beispiel für das schlechte

Zusammenspiel von Meeresschutz auf der einen Seite und Blue-Growth-Konzepten auf der anderen. Denn an anderer Stelle haben die Seychellen nun Lizenzgebiete für die Offshore-Ölförderung vergeben. Also haben die Kleinfischer im doppelten Sinn verloren. Das ist ein klassischer Deal, den wir scharf kritisieren. Da legen wir den Finger in die Wunde, denn wir sind der Ansicht, daß hier beispielhaft die Verbindung von Meeresschutz und zunehmender Industrialisierung der Meere deutlich wird, wie sie in den meerespolitischen Strategien wie dem Blaubuch der EU vorformuliert werden. Hier fällt der Schutz der Meere gegenüber der gleichzeitig stärker vorangebrachten Nutzung der Meere zurück. Dabei ist doch der Meeresschutz bisher noch nicht mal in der Lage, die alten Umweltbelastungen aufzufangen, geschweige denn daß er zu einer Zustandsverbesserung führen würde, wie wir sie ja eigentlich für die Meere erreichen wollen.



*Die Industrialisierung der Meere schreitet voran. Ölplattformen vor Vung Tau, Vietnam.*

*Foto: Genghiskhanviet, public domain*



Auch wenn wir Meeresschutzgebiete grundsätzlich für wichtig halten, muß man wirklich sagen, daß sie in vielerlei Hinsicht einfach Feigenblätter sind. Sie legitimieren die zunehmende Industrialisierung der Meere. Das ist im Prinzip ihre Hauptfunktion. Und wenn man dann auf den Europäischen Tag der Meere oder die UN-Meererkonferenz nach New York geht, dann sieht man, wieviele Veranstaltungen dort durchgeführt und wieviele Messtische aufgestellt worden sind, bei denen es ausschließlich um neue Nutzungsformen der Industrialisierung der Meere geht. Auf den Podien dieser Veranstaltungen dagegen sind sich immer alle einig, daß Meeresschutz ganz wichtig ist.

Als ich im Mai dieses Jahres zum Europäischen Tag der Meere nach Lissabon gereist war, um die Klimadebatten zu verfolgen, hatte es auf den ganzen Veranstaltungen, die ich besucht habe, nur ein einziges Mal jemand gewagt zu fragen, wie das denn zusammenpasse, daß da draußen diese ganzen Stände mit den Industrievorhaben für die Meere stehen und hier drinnen gleichzeitig von Meeresschutz gesprochen wird. Ich war der einzige Mensch im Saal, der dann laut geklatscht hat - und sofort drehen sich rund hundert Leute zu mir um. Daraufhin kam der Mensch dort vorne in Rechtfertigungszwang. Denen ist natürlich bewußt, was sie da tun und wie widersprüchlich das ist. Manchmal kann einen auf solchen Konferenzen schon ein schlechtes Gefühl ereilen.

Für uns von Fair Oceans ist klar, daß wir nicht die Industrialisie-

rung der Meere, sondern die Kleinfischerei und andere traditionellen Nutzungen fördern wollen. Sie garantieren die Ernährung für Millionen Menschen, schaffen Beschäftigung vor Ort, sichern den Zusammenhalt der lokalen Gemeinschaften und üben einen wesentlich geringeren ökologischen Einfluß auf die Meeresökosysteme aus. Da kommen Umwelt und Entwicklung zusammen, wie wir uns das vorstellen.

SB: Ähnlich verhält es sich mit der Ernährungssicherheit an Land. Laut dem Weltagrarbericht aus dem Jahr 2008 wird mehr als die Hälfte der Nahrung weltweit von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern erzeugt.

KK: Genau, und das könnte auch eine Antwort auf das sogenannte Ocean Grabbing sein, bei dem lokale Küstengemeinschaften und die lokale Fischerei zugunsten der industriellen Fischerei, der Offshore-Öl- und -Gasförderung, aber auch des Tourismus enteignet werden.

SB: Und zugunsten des Meeresschutzes?

KK: Wenn Umwelt und Entwicklung nicht zusammengedacht werden, auch zugunsten der Einrichtung von Meeresschutzgebieten. Ich würde allerdings den Meeresschutz nicht in die gleiche Liste setzen. Aber wenn er nicht partizipativ und nicht transparent durchgeführt wird, wenn die Menschen vor Ort nicht als gleichberechtigte Subjekte verstanden werden, die das Recht haben, darüber zu entscheiden, was mit ihrem Meer geschieht, und wenn sie nicht als letzte Instanz anerkannt sind, dann könnte auch

der Meeresschutz auf Ocean Grabbing hinauslaufen.

Wer sich möglicherweise aus Deutschland oder den USA da einbringt, kann Hilfestellung leisten, aber politisch und menschenrechtlich müssen letztendlich die Leute vor Ort die Entscheidungen treffen. Am Ende müssen sie auch die Meeresschutzgebiete verwalten, nur dann macht deren Einrichtung Sinn. Oft ist es ja nicht so wie bei uns an Nord- und Ostsee, wo die Umweltverbände jahrzehntelang aktiv sind, eigene Infohäuschen aufbauen und ihre feste staatliche Unterstützung erhalten. Im Unterschied dazu sind viele dieser Projekte auch von internationalen Meeresschutzorganisationen lediglich auf ein paar Jahre angelegt. Die Leute sind eine Zeitlang da, machen irgend etwas und sind dann wieder weg. So etwas hat natürlich keine Zukunft.

Meeresschutz kann sogar auf ein sehr weitreichendes Ocean Grabbing hinauslaufen, denn im Kontext der Blue-Growth-Strategien sollen Meere auch als CO<sub>2</sub>-Speicher genutzt werden. Wenn dann Mangroven, Seegraswiesen oder Kelpwälder zu Zonen der CO<sub>2</sub>-Speicherung erklärt werden und ansonsten kein Zugriff mehr darauf erfolgen darf, auch kein traditioneller durch die lokalen Gemeinschaften, weil das als Entwertung dieser Gebiete betrachtet würde, dann bedroht ausgerechnet der Meeresschutz das Leben der Menschen vor Ort. Herr Pörtner hat in seinem heutigen Vortrag deutlich gezeigt: Je später wir damit anfangen, die CO<sub>2</sub>-Emissionen zu verringern, um so problematischer wird das und desto mehr Druck wird aufgebaut, daß

dann solche fragwürdigen Klimaschutzmaßnahmen ergriffen werden. Deshalb hat er richtigerweise gesagt, laßt uns jetzt die Emissionen reduzieren, dann ist das gar nicht notwendig.

Aber wenn man sich anschaut, welche Ausmaße es schon an Land angenommen hat, wenn sich irgendwelche NGOs ein Stück afrikanischen Waldes kaufen, die Leute dort vertreiben und ihren Besitz als CO<sub>2</sub>-Speicher deklarieren, muß man feststellen, daß hier großflächig überlebenswichtige Gebiete für Menschen verloren gehen. Das ist zur Genüge dokumentiert. Wir befürchten, daß genau das auch in den Küstenregionen ablaufen wird. In diesem Wettstreit zwischen Ölindustrie, möglicherweise Tiefseebergbau, Tourismus und Blue Carbon bzw. Meeresschutzgebieten bliebe nicht mehr viel Raum für die lokalen Gemeinschaften und die Kleinfischerei.

Ich behaupte nicht, daß lokale Gemeinschaften keine Eingriffe in die Natur vornehmen. Sicherlich machen sie das. Wir Menschen haben vor zehntausend Jahren, zu Beginn von Ackerbau und

Landwirtschaft, angefangen, die ganze Erde zu kultivieren. Das ist überhaupt keine Frage. Aber wenn man jetzt ausgerechnet die Regionen, in denen es noch intakten Mangrovenwald gibt, unter Schutz stellen will, wo dieser doch von den lokalen Gemeinschaften, die dort seit längerem leben, genutzt wird, dann nenne ich das Ocean Grabbing. Und das, um Klimafolgen in Grenzen zu halten, die an einer ganz anderen Stelle verursacht wurden. Viel sinnvoller wäre es eigentlich, man würde die Tourismushochburgen, die man dort gebaut hat, wo früher Mangrovenwald stand, wieder abbauen und statt dessen neue Bäume anpflanzen.

SB: Die örtliche Hühnerproduktion in Ghana wurde in Folge des Exports von subventionierten EU-Hühnerfleischresten zerstört. Gibt es so etwas im Bereich der Fischerei auch, daß die örtlichen Fischer verdrängt werden und sie dann beispielsweise fertig abgepacktes Fischfilet aus dem Supermarkt kaufen müssen?

KK: Der Dokumentarfilmer Wilfried Huismann aus Bremen hat

2010 den Film "Lachsfieber" veröffentlicht. Darin geht es unter anderem um die Lachsindustrie von Chile. Dort wurden die Kleinfischer aus ihren angestammten Fanggebieten verdrängt, da in den Buchten Lachsfarmen aufgebaut wurden. In deren Nähe darf nicht gefischt werden, weil das Wasser in Folge der Aquakultur vergiftet ist. Was ist den Fischern geblieben? Die kaufen sich dann oft die Reste aus der Lachsverwertung dieser Industrieproduktion in Aquakultur oder sogar jene Fische, die aussortiert wurden, weil sie an Viren gestorben sind, und doch heimlich auf dem Markt gelandet waren.

Nachdem Chile vor gut sechs Jahren handelbare Fischereilizenzen eingeführt hat, verloren Tausende von Haushalten ihre Existenzgrundlage. Denn ein Großteil der Fischereilizenzen geriet schnell an wenige Familien, die dort eine industrielle Großfischerei betreiben. Wenn kein Widerspruch gegen das Gesetz kommt, bleibt ein Großteil der Fanglizenzen Chiles auf unbegrenzte Zeit im Besitz von wenigen, während umgekehrt Tausende Kleinfischer aufgegeben haben. Ihnen wird zwar eine Zone entlang der Küste zugeteilt, aber dadurch daß sie Fanggründe und Einnahmequellen verloren, sind viele von ihnen über Kredite und andere Wege in Abhängigkeit von jenen wenigen großen Familien geraten. Jedenfalls hat sich nach der Einführung der handelbaren Lizenzen die gesamte Ökonomie und das soziale

*Lachsfarm an der Küste Chiles*  
Foto: Sam Beebe, CC BY 2.0  
[<https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/>]



Gefüge in der Fischerei in Chile vollständig verändert.

SB: Vielen Dank, Kai, für das Gespräch.

*Bisher sind zur Konferenz "Weltmeere zwischen Umwelt und Entwicklung - 25 Jahre Seerecht zwischen wachsenden Schutz- und Nutzungsansprüchen" am 7. Juni 2019 in der Landesvertretung Bremens in Berlin im Schattenblick unter INFOPOOL → UMWELT → REPORT erschienen:*

BERICHT/150:  
Welttag der Ozeane 2019 - die Säge am eigenen Ast ... (SB)

INTERVIEW/289: Welttag der Ozeane 2019 - Geoverwertungsforschung in der Tiefsee ... Dr. Carsten Rühlemann im Gespräch (SB)

INTERVIEW/290: Welttag der Ozeane 2019 - komplexe Folgen und tödliche Konsequenzen ... Prof. Dr. Hans-Otto Pörtner im Gespräch (SB)

INTERVIEW/291: Welttag der Ozeane 2019 - mehr Kontrolle ... Sebastian Unger im Gespräch (SB)

INTERVIEW/292: Welttag der Ozeane 2019 - nationaler Mißbrauch und Wirtschaftsinteressen ... Kai Kaschinski im Gespräch, Teil 1 (SB)

<http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/report/umri0293.html>

Liste der neuesten und tagesaktuellen Nachrichten ...  
Kommentare ... Interviews ...  
Reportagen ... Textbeiträge ...  
Dokumente ...  
Tips und Veranstaltungen ...  
<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>

*poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen*

## Rechte gewinnen Vorwahlen in Uruguay

*von Nina Aretz*

(Berlin, 2. Juli 2019, npl) - Am Sonntag, den 30. Juni, gaben 40 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme bei den Vorwahlen für die uruguayischen Präsidentschaftswahlen im Oktober 2019 ab. Die Teilnahme an den Vorwahlen ist im Gegensatz zu den Präsidentschaftswahlen freiwillig. Gewinnerin der Vorwahl ist die Nationale Partei mit 47,1 Prozent der Stimmen, die Frente Amplio folgt mit 26,8 Prozent der Stimmen und die Colorados erhielten 19,1 Prozent. Das linke Parteienbündnis Frente Amplio, das Uruguay seit 2005 regiert, hat seit den letzten Vorwahlen im Jahr 2014 fast 50.000 Stimmen verloren. Die rechtskonservative Nationale Partei, auch Blancos genannt, gewann über 36.000 neue Stimmen hinzu; die liberale Partei Colorado über 41.000. Für die Blancos wird Luis Lacalle Pou kandidieren, für die Colorados Ernesto Talvi und bei den Kandidat\*innen der Frente Amplio setzte sich Daniel Martínez durch. Besorgniserregend sind die 47.000 Stimmen, die der Ex-Armeechef Guido Manini Ríos [1] von der Partei Cabildo Abierto, die teilweise rechtsextreme Positionen vertritt, auf sich vereinen konnte. Er gilt als weitaus konservativer als die Kandidaten der traditionellen Parteien Lacalle Pou und Talvi.

Die uruguayische Tageszeitung la diaria [2] zitierte den Präsidenten der Frente Amplio Javier Mi-

randa: "Natürlich sind wir besorgt. Vor allem das Erstarken der Konservativen und der Rechten im Land, die nun eine Allianz mit den Reaktionären vorschlagen, nämlich mit der militärischen Partei (Cabildo Abierto), ist äußerst besorgniserregend. Wir brauchen eine Antwort von den Progressiven und der Linken. Das scheint mir enorm wichtig."

### Anmerkungen:

[1] <https://www.npla.de/poonaal/praesidentschaftskandidat-spielt-xenophobe-karte/>

[2] <https://ladiaria.com.uy/articulo/2019/7/el-frente-amplio-perdicio-casi-50000-votos-respecto-de-las-internas-de-2014/>

URL des Artikels:  
<https://www.npla.de/poonaal/27555/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.  
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

\*

### Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen  
Herausgeber:  
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.  
Köpenicker Straße 187/188  
10997 Berlin  
Telefon: 030/789 913 61  
E-Mail: [poonaal@npla.de](mailto:poonaal@npla.de)  
Internet: <http://www.npla.de>



## Brexit - Wahrheiten und Mehrheiten ...

(SB) 3. Juli 2019 - Im Kampf um den Vorsitz der konservativen Partei Großbritanniens scheinen die beiden Kontrahenten jedes Augenmaß verloren zu haben. Bei der Umwerbung der rund 160.000 meist wohlhabenden, älteren, männlichen und englischen Tory-Wähler waren haltlose Versprechen vom notorischen Lügner und Populisten Boris Johnson ohnehin zu erwarten, von seinem Rivalen, dem stets gesetzt, eher langweilig wirkenden Jeremy Hunt dagegen nicht. Doch inzwischen öffnet der amtierende britische Außenminister seinem berühmten-berühmten Amtsvorgänger nach, droht ebenfalls mit dem ungeordneten Austritt aus der EU zum 31. Oktober und verspricht auch leichtfertig Steuererleichterungen und staatliche Ausgaben-erhöhungen, die ähnlich denen von Johnson laut Finanzminister Philip Hammond niemals zu finanzieren wären.

Hatte sich Johnson bereits vor Wochen zum "No-Deal-Brexit" zu Halloween bekannt - "komme es, was wolle" -, erklärte Hunt am 30. Juni im BBC-Fernsehinterview mutig, er werde in Falle keiner Einigung mit Brüssel als Premierminister den Inhabern der vielen britischen Familienunternehmen, die wegen des Wegbrechens bzw. erschwerten Zugangs zum EU-Binnenmarkt vermutlich untergehen werden, erklären, die Zerstörung ihres Lebensunterhalts diene einer höheren Sache, eines unabhängigen "global Britain". Kein Wunder, daß am dar-

auffolgenden Tag Kirsty Blackman, finanzpolitische Sprecherin der Scottish National Party im Londoner Unterhaus, Johnson und Hunt als die "Thelma und Louise des Brexits" bezeichnete. "Es übersteigt jede Vorstellungskraft, daß die beiden Herrn bereit sind, die Volksökonomie des Vereinigten Königreichs über die Brexit-Felskante zu fahren, ungeachtet der katastrophalen Folgen für die Wirtschaft und die Arbeitsplätze der einfachen Menschen", so die SNP-Abgeordnete.

Doch bis zum 31. Oktober kann eine Menge passieren. Alle Beobachter gehen davon aus, daß Johnson, der haushohe Favorit, nach der Auszählung der per Briefwahl abgegebenen Stimmen der Tory-Mitglieder, die zwischen dem 6. und 8. Juli durchgeführt wird, bei der offiziellen Verkündung des Endergebnisses am 22. Juli zum neuen Tory-Chef erklärt wird. Ob er gleich am nächsten Tag, nach der vorgesehenen Fahrt Theresa Mays zum Buckingham Palace, um Königin Elizabeth II formell ihr Rücktrittsgesuch zu übergeben, Premierminister wird, steht nicht fest - und zwar wegen des Umstands, daß die Tories derzeit eine Minderheitsregierung führen und im Unterhaus trotz der Unterstützung von zehn Abgeordneten der protestantisch-probritischen Democratic Unionist Party (DUP) lediglich über einen Stimmenvorsprung von lediglich vier Sitzen - 323 zu 319 - verfügen.

Seit Wochen finden überparteiliche Gespräche statt, wie die Opposition, bestehend aus Sozialdemokraten, Liberaldemokraten, Grünen und schottischen Nationalisten, zusammen mit EU-freundlichen Abweichlern aus den Reihen der Tories, den drohenden No-Deal-Brexit stoppen kann. Bereits jetzt haben Ex-Finanzminister Kenneth Clarke und Ex-Justizminister Dominic Grieve ihre Bereitschaft verkündet, den Gang in den ungeordneten EU-Austritt zu vereiteln, selbst wenn ihnen dies die Verbannung aus der konservativen Partei einbringen sollte. Weitere Abtrünnige, darunter noch Finanzminister Hammond, haben den Übertritt in die Opposition signalisiert, um den Kamikaze-Kurs Johnsons (ggf. Hunts, wenn auch unwahrscheinlich) doch noch verhindern zu können.

Laut Parlamentsregeln könnte die von Jeremy Corbyn angeführte Labour Party, welche die größte oppositionelle Fraktion im Unterhaus bildet, noch am 24. Juli, einen Tag vor den parlamentarischen Sommerferien, einen Mißtrauensantrag auf die Tagesordnung setzen. Verlöre Johnson die Abstimmung, stünden Neuwahlen im September automatisch an. Doch möglicherweise wird es nicht einmal dazu kommen. Wie die beiden Verfassungsexperten, Professor Robert Hazell und Professorin Meg Russell vom University College London (UCL), am 30. Juni in der Sonntagszeitung Observer erläutert haben,

könnte sich die Königin dagegen entscheiden, Mays Rücktritt anzunehmen, Johnson zum Premierminister zu ernennen und diesen mit der Bildung einer neuen Regierung zu beauftragen, sollte Ende Juli offensichtlich sein, daß der frischgebackene Tory-Chef über keine Mehrheit im Unterhaus verfügt. Laut Hazell und Russell ergeben sich dann zwei mögliche Szenarien: Erstens, die Königin macht Johnson lediglich zum Geschäftsführenden Regierungschef und verlangt von ihm, ein Mißtrauensvotum durchzuführen, von dessen Ausgang sein Verbleib im Amt abhängt; oder zweitens, sie beläßt May - ebenfalls geschäftsführend - im Amt, bis entweder eine stabi-

le Regierungsmehrheit steht oder Neuwahlen ausgeschrieben und durchgeführt wurden.

Für die Überlegung in den Kreisen britischer Verfassungsgelehrter, Johnson ob seiner schwindenden Unterstützung seitens der eigenen Tory-Hinterbänker nicht mit der Regierungsgewalt zu beauftragen, gibt es einen sehr guten Grund. In den letzten Wochen hat der ehemalige Bürgermeister von London offen mit der Idee gespielt, das Parlament nach der Sommerpause "zu vertagen", das heißt nicht zusammenkommen zu lassen, damit die Brexit-Gegner im Unter- und Oberhaus den ungeordneten EU-Austritt, der nach

der von London und Brüssel gemeinsam beschlossenen Verschiebung im Frühjahr um Mitternacht am 31. Oktober nach Artikel 50 des Lissabon-Vertrags erfolgen muß, nicht blockieren können. Für solch einen ungeheuerlichen Eingriff in die parlamentarischen Verläufe wäre die Zustimmung der Königin erforderlich. Doch ob Elizabeth Windsor für ein solches Hasardeurspiel zu haben wäre, ist zweifelhaft. Der letzte englische Monarch, der das Parlament zu London "vertagte", war Karl I. im Jahre 1646. Drei Jahre später wurde dieser nach der Niederlage seiner Royalisten im Bürgerkrieg gegen die Puritaner Oliver Cromwells enthauptet.

---

## EUROPOOL / WIRTSCHAFT / AUSSENHANDEL

---

### **Freihandelsabkommen mit der EU soll Vietnams Weltwirtschaftsposition stärken**

*Mit einem Freihandelsabkommen mit der EU will das sozialistische Vietnam seine Positionen in der internationalen kapitalistischen Weltwirtschaft sichern und ausbauen*

*von Gerhard Feldbauer, 3. Juli 2019*

(Gerhard Feldbauer) - Die Sozialistische Republik Vietnam (SRV) hat nach über neunjährigen Verhandlungen mit der EU ein Freihandelsabkommen (EU-Vietnam Free Trade Agreement, EVTFA-Abkommen) geschlossen, das vorsieht, in den kommenden Jahren 99 Prozent der Zölle abzubauen. Bestandteil des Vertrages ist ein Investitionsschutzabkommen und eine Zusage zur Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens. In einer Zeit, in der US-Präsident Donald

Trump einen risikoreichen internationalen Handelskrieg mit drastischen Einfuhrzöllen entfessele, sei das Abkommen als ein wichtiges Signal "gegen Protektionismus" von internationaler Bedeutung, so der Tenor internationaler Pressestimmen. Die SRV sichert damit ihre Positionen in der internationalen kapitalistischen Weltwirtschaft, will sich neue Auslandsinvestitionen erschließen und Zugang zu neuen Absatzmärkten gewinnen. Bereits in den vergangenen Jahren wurde ein

Dutzend ähnliche Abkommen geschlossen, darunter die sogenannten CPTPP (Comprehensive and Progressive Agreement for Trans-Pacific Partnership) bzw. TPP11 (Trans-Pazifische Partnerschaft).

Nach einem Bericht des staatlichen vietnamesischen Fernsehens wurde das Abkommen am Sonntag in Hanoi in Anwesenheit des vietnamesischen Ministerpräsidenten Nguyen Xuan Phuc durch Außenhandelsminister Tran Tuan Anh, EU-Handelskommissarin

Cecilia Malmström und dem Vorsitzenden des EU-Handelsministeriums Stefan-Radu Oprea unterzeichnet. Malmström sagte anschließend, es sei "das ambitioniertere Freihandelsabkommen, das die EU je mit einem Entwicklungsland geschlossen hat", ein "wahrer Meilenstein" in der Entwicklung der Beziehungen. Besonders befriedigt zeigte sich die EU-Kommissarin von dem Investitionsschutzabkommen, das "ein hohes Maß an Investitionsschutz durch eine klare Definition von Standards gewährleiste." Einbezogen ist der Umgang mit geistigem Eigentum auf der Grundlage von Standards der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Der Direktor der Weltbank Ousmane Dione in Vietnam würdigte im Interview mit Vietnam News Agency (VNA), Vietnam bringe in die Zusammenarbeit mit der EU ein "breites Potenzial" ein. Das Abkommen muss noch vom EU-Parlament und der Nationalversammlung der SRV verabschiedet werden. Danach werden etwa zwei Drittel der Waren von Zöllen befreit. Für einige Artikel ist jedoch eine Frist von zehn Jahren vorgesehen. Für den Import einer Reihe landwirtschaftlicher Erzeugnisse hat Vietnam zum Schutz seiner Erzeuger Quoten durchgesetzt.

Die Wirtschaft Vietnams weist ein rasantes Wachstum auf. 2018 stieg das BIP um 7,08 Prozent. EU-Experten erwarten langfristig ein Wachsen auf 15 Prozent. Das Land ist ein wichtiger Produktionsstandort von Elektrogeräten und Textilien für den europäischen Markt. Umgekehrt ist es mit 95 Millionen Einwohnern ein begehrter Absatzmarkt für europäische Firmen. Nach Singapur ist Vietnam der zweitgrößte Handelspartner der EU im Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN).

2018 exportierte die SRV Waren und Dienstleistungen im Wert von über 35 Mrd. Euro in EU-Länder, darunter neben Kleidung vor allem Mobiltelefone und Ersatzteile. Die EU-Exporte betragen über zehn Mrd. Euro. Importe aus der BRD beliefen sich auf etwa zehn Mrd. Euro, Exporte auf vier Mrd. Euro. Während die EU weltweit größter Investor ist, kam sie (Stand 2016) in Vietnam nur auf acht Mrd. Euro.

Die Weichen für den Sprung auf den internationalen Kapitalmarkt wurden in Vietnam mit dem "Doi-Moi"-Kurs (Erneuerung), der stärkeren Einbeziehung privatkapitalistischer Betriebe in die sozialistische Entwicklung, gestellt. Der war nicht erst nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten Osteuropas 1989/90 beschlossen worden, sondern bereits vom VI. Parteitag der Kommunistischen Partei Vietnams (KPV) 1986. Nach dem Sieg über die USA 1975 und der folgenden Vereinigung mit dem befreiten kapitalistischen Süden stand die SRV vor der Aufgabe, das Bankensystem zu dezentralisieren, private Geldhäuser zuzulassen, eine marktorientierte Finanzpolitik einzuschlagen und den Weg des Beitritts zur Welthandelsorganisation WTO zu beschreiten. Die strategisch weitblickende Entscheidung für diesen Prozess, der unter Führung der KPV verfolgt wurde und wird, bewahrte die SRV 1989/90 nach dem Zusammenbruch des Ostblocks und dem Wegfall der Zusammenarbeit mit dem RGW davor, dem Druck ihrer Gegner nachzugeben und den Weg der osteuropäischen "kommunistischen und Arbeiterparteien" zu gehen und den Pfad der Sozialdemokratie einzuschlagen.

\*

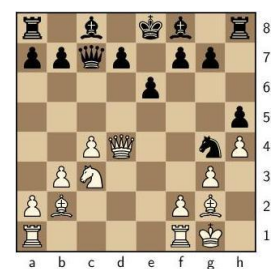
**Quelle:**

© 2019 by Gerhard Feldbauer  
Mit freundlicher Genehmigung des Autors

<http://www.schattenblick.de/infopool/europool/wirtschaft/euwau316.html>

**SCHACH - SPHINX****Tragik eines Wunsches**

(SB) - Hand aufs Herz, wer hätte nicht wie Ralf Heß in dieser Stellung 1...Lf8-c5? gespielt? Die Kombination sah überaus verlockend aus. Weiß schlägt mit der Dame auf g7, was der kolumbianische Meister Carlos Cuartas dann auch tat, worauf dann 2...Dc7xg3 folgt und das Matt gegen den weißen König ist nur noch unter erheblichen Materialverlusten zu verhindern. So scheint es zumindest, allein, die Wirklichkeit des Brettes sprach eine andere Sprache, denn Heß hatte in der Vorausberechnung im heutigen Rätsel der Sphinx einen entscheidenden weißen Zug übersehen. Der Wunsch, eine Glanzkombination im Stile der alten romantischen Meister zu produzieren, mochte verständlich sein, er war jedoch tragisch verstrickt ins Netz einer Fehlberechnung. Wünsche sind Scheingebilde auf der Leinwand der Eitelkeit, sie schmeicheln uns, aber im kritischen Augenblick entfliehen sie dorthin, woher sie gekommen sind, ins unwirkliche Reich aller Phantasien, Wanderer.



Cuartas - Heß  
Dortmund 1980



UMWELT / INTERNATIONAL / WALD

*poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen*

## Mangroven-Sterben in Panama

von José Díaz



*Mangroven*  
Foto: Public Domain

(Lima, 24. Juni 2019, Servindi) - Die Mangrovenwälder in Panama können immer weniger vom Menschen verursachte Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>)-Emissionen aufnehmen. Seit 1980 haben sich die Waldflächen dieses ökologischen Gebietes auf weniger als die Hälfte reduziert.

Stadtentwicklungsprojekte und chemische Verschmutzung bedrohen eines der wichtigsten Ökosysteme Mittelamerikas: die Feuchtgebiete der Panama-Bucht (Bahía de Panamá). Sie sind von entscheidender Bedeutung für das ökologische Gleichgewicht und das Überleben zahlreicher Tiere und Pflanzen. In den letzten Jahren hat sich die biologische Vielfalt in diesem Lebensraum jedoch dramatisch verringert. Grund dafür sind Akti-

vitäten, die vom Menschen ausgehen. In weiten Gebieten ist die Vegetation abgestorben, andere Flächen sind mit Abfällen übersät. All dies vermindert die Kapazität dieses Ökosystems, CO<sub>2</sub> aus der Luft aufzunehmen, was wiederum zu einer Verschlimmerung der globalen Klimakrise beiträgt.

### Von Menschenhand

Der panamaische Umweltchemiker Olmedo Pérez führte vier Jahre lang Untersuchungen auf 160 Hektar der Panama-Bucht durch. Er erfasste alle mikrobiologischen Veränderungen im Wasser, im Boden und in der Vegetation. Was die Kapazität der Kohlenstoff-Aufnahme angeht, fand er heraus, dass die untersuchten Mangroven maximal 613 Tonnen aufnehmen können - theoretisch können sie jedoch

2.000 Tonnen aufnehmen. "Die Verschmutzung, die menschlichen Einflüsse auf die Umwelt und die schlechte Wasserqualität sind einige der Faktoren, die verhindern, dass die Mangroven eine ausreichend große Menge Kohlenstoff aufnehmen oder speichern können", erklärte er.

Der Grund für den Verfall der Mangroven in der Panama-Bucht ist unmittelbar in den Aktivitäten des Menschen zu finden. Diverse Stadtentwicklungsprojekte wirken sich negativ auf die Feuchtgebiete aus, ebenso ein Chemieunfall. "Die Probleme, die die Mangroven beeinträchtigen, sind den menschlichen Einflüssen geschuldet: Ablagerungen durch Bautätigkeiten, der Einsatz von Insektiziden, die auch die Insekten in den Mangroven und deren Larven belasten. Während der Untersuchungen haben wir einige tote Larven gefunden - eine mögliche Ursache dafür könnten Schadstoffe sein", erklärte der Biologe und Insektenkundler der Universität von Panama, Alfonso Santos Murgas.

Im Jahr 1980 hatte der Mangrovenwald eine Ausdehnung von mehr als 400.000 Hektar. 2011 waren die panamaischen Mangrovenwälder auf etwas mehr als 174.000 Hektar dramatisch geschrumpft.

Derzeit machen diese Feuchtgebiete 5,2 Prozent der Waldfläche

